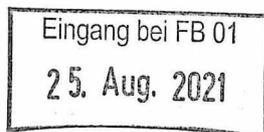




Fraktion DIE Zukunft im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen



**Geschäftsstelle**

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

**Grüne** 0241 / 432 -7217  
**CDU** 0241 / 432 -7211  
**SPD** 0241 / 432 -7215  
**Zukunft** 0241 / 432 -7266  
**Linke** 0241 / 432 -7244

Aachen, 25.08.2021

**Antrag zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 06. Oktober 2021**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD, DIE Zukunft und DIE LINKE beantragen für die Tagesordnung des Rats am 06. Oktober 2021 folgenden Punkt auf die TO zu nehmen:

**Resolution gegen den Ausbau des Flughafens Lüttich**

Mit freundlichen Grüßen

Kaj Neumann

Fraktionssprecher GRÜNE

Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende CDU

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Christoph Allemand

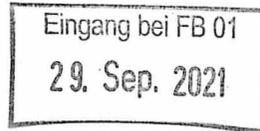
Fraktionssprecher DIE Zukunft

Leo Deumens

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Fraktion DIE Zukunft im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin  
Sibylle Keupen  
Rathaus/Markt  
52058 Aachen



**Geschäftsstelle**

Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen

**Grüne** 0241 / 432 -7217  
**CDU** 0241 / 432 -7211  
**SPD** 0241 / 432 -7215  
**Zukunft** 0241 / 432 -7266  
**Linke** 0241 / 432 -7244

Aachen, 25.08.2021

## Resolution gegen den Ausbau des Flughafens Lüttich

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD, DIE Zukunft und DIE LINKE bitten Sie darum, dem Rat der Stadt Aachen folgenden Resolutionstext zur Beschlussfassung vorzulegen:

Der belgische Frachtflughafen Lüttich-Bierset gehört mit über einer Million Tonnen abgewickelter Luftfracht im Jahr 2019 zu den größten Frachtflughäfen Europas und liegt nur 45 Kilometer von der Stadt Aachen entfernt. Täglich finden schon heute ca. 140 Flugbewegungen statt. Zu Beginn dieses Jahres wurde nun bekannt, dass der Flughafen bis zum Jahr 2040 deutlich erweitert werden soll, wodurch die abgewickelte Fracht sich auf ein Volumen von 2,5 Millionen Tonnen mehr als verdoppeln soll.

Durch die sich im Landeanflug befindenden Flugzeuge werden zahlreiche Menschen, die in Aachen leben, häufig großen Lärmbelastungen ausgesetzt, welche auf Dauer gesundheitsschädlich sein können. Die erforderlichen Flughöhen werden teilweise nicht eingehalten. Da der Flughafen Lüttich keinem Nachtflugverbot unterliegt, ist die Lärmbelastung besonders nachts ein sehr großes Problem.

Darüber hinaus stellt die Nähe zum AKW Tihange sowie einem geplanten Atommüll-Zwischenlager und entsprechenden Überflugrouten eine erhebliche Gefahr dar. Das AKW selbst ist nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze gesichert. Für das geplante Atommüll-Zwischenlager gibt es bislang keine Umweltverträglichkeitsprüfung. Die geplante Betondecke (20cm) ist nicht dafür ausgelegt, Flugzeugabstürzen Stand zu halten (vgl. Zwischenlager Lumbin: 180 cm).

Der Rat der Stadt Aachen fordert daher die Landes- und Bundesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Beteiligungsmöglichkeiten und auf diplomatischer Ebene gegen den Ausbau des Flughafens Lüttich einzusetzen.

Des Weiteren appelliert er an die belgische Regierung und die Regierung der Wallonischen Region, keine Genehmigung für die Erweiterung zu erteilen. Er bittet die zuständigen Behörden in Belgien außerdem darum, im Rahmen der neuen Umweltgenehmigung die Einrichtung eines Nachtflugverbots zu prüfen sowie die Einhaltung der Mindestflughöhen sicherzustellen.

Der Rat fordert darüber hinaus die Bundesregierung dazu auf, einen Staatsvertrag mit der belgischen Regierung zu verhandeln, welcher die Lärmbelastung auf deutschem Gebiet näher regelt, ähnlich wie dies in Salzburg und Zürich der Fall ist.

Die Oberbürgermeisterin wird mandatiert und aufgefordert, sich gegenüber den Genannten für die Positionierung des Rates einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann

Fraktionssprecher GRÜNE



Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende CDU



Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD



Christoph Allemant

Fraktionssprecher DIE Zukunft

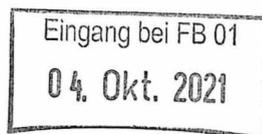


Leo Deumens

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die  
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen  
Frau Sibylle Keupen  
Rathaus  
52058 Aachen



Geschäftsstelle:  
Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen  
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211  
Fax 0241 / 432 7222  
cdu.fraktion@mail.aachen.de  
www.cdu-fraktion-aachen.de

Aachen, den 01.10.2021

### **Einspruch gem. § 26 Abs. 6 GeschO Rat**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen im Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen legen hiermit Einspruch gegen die zu Tagesordnungspunkt Ö 30 – Vaalser Straße (zwischen Keltenstraße und Grenze): Neumarkierung nach Asphaltdeckensanierung - kurzfristige "Schnell-Besser-Maßnahme" (Planungs- und Ausführungsbeschluss) – im Mobilitätsausschuss am 30. September 2021 ergangene Entscheidung ein. Der Mobilitätsausschuss hat hier gem. § 10 Abs. 2 Ziff. d) der Zuständigkeitsordnung als Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis getagt, so dass die Regelungen des § 26 Abs. 6 der Geschäftsordnung für den Rat und die Bezirksvertretungen der Stadt Aachen und der Ratsausschüsse vom 15.12.1995 (GeschO Rat) zum Tragen kommen.

### **Begründung**

Aus unserer Sicht wurde durch den Beschluss den Rechten der Anwohner auf ordnungsgemäße Beteiligung und Berücksichtigung ihrer Interessen im Rahmen eines abwägenden Verfahrens nicht ausreichend Rechnung getragen. Durch die Maßnahme soll eine Vielzahl an Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum wegfallen, die damit weder Anwohnern noch Besuchern zur Verfügung stehen. Es wurde jedoch nicht darauf eingegangen, wo alternativer öffentlicher Parkraum für die vorhandenen Kraftfahrzeuge entstehen soll. Vielmehr hat die Verwaltung ausgeführt, dass die vorhandenen Parkplätze zu Markttagen in der Regel vollständig belegt

sind. Dies wird auch von den Anwohnern so bestätigt. Der Wegfall der Parkplätze stellt sowohl für die privaten Anwohner als auch für die örtlichen Gewerbetreibenden und Ärzte einen massiven Eingriff in ihre private und wirtschaftliche Situation dar. Die Folgen sind im Rahmen der Beschlussfassung nicht ausreichend gewürdigt worden. Zudem hat für die geplante Maßnahme trotz des massiven Eingriffs keine ordentliche Bürgerbeteiligung stattgefunden. Ebenso fehlt es an einer umfassenden Abwägung zwischen den konkurrierenden Zielen 3 und 4 des vom Rat getroffenen Beschlusses zum Radentscheid.

Mit freundlichen Grüßen



Gaby Breuer



Stefan Dussin



Daniel Hecker



Jörg Lindenmann